

Von theoretischen Wüsten, Oasen und Karawanen

Der Vordere Orient in den Internationalen Beziehungen

Im Vergleich zu anderen Weltregionen fällt auf, dass die Disziplin der Internationalen Beziehungen internationale Politik im Vorderen Orient nur in geringem Maße theoriegeleitet untersucht hat. Freilich ist die theoretische Wüste mit fruchtbaren, allerdings häufig isoliert voneinander existierenden Oasen durchsetzt. Der vorliegende Beitrag macht es sich zunächst zur Aufgabe, diese Oasen zu identifizieren. Dies geschieht auf der Basis fünf etablierter Denkschulen der Internationalen Beziehungen – Realismus, Institutionalismus, Liberalismus, Globalismus und Konstruktivismus –, deren Stärken und Schwächen für zentrale Strukturen und Ereignisse internationaler Politik im Vorderen Orient des 20. Jahrhunderts herausgearbeitet werden sollen. Weiterhin geht es darum, Defizite herauszustellen und zu beheben, die mitunter entstehen, wenn sich die Analyse einseitig auf eine Denkschule stützt. Es sollen also Karawanen ausgesandt werden, um die Oasen miteinander zu verbinden.

1. Einleitung¹

Ausgangspunkt des vorliegenden Aufsatzes ist, dass die Internationalen Beziehungen des Vorderen Orients im Vergleich zu denen anderer Weltregionen nur in geringem Maße theoriegeleitet sind. Freilich soll auch betont werden, dass sich in der theoretischen Wüste etliche fruchtbare, allerdings häufig isolierte Oasen finden. Diese sollen deshalb nicht nur aufgespürt, sondern durch Karawanen miteinander verbunden werden.

Um diese Aufgaben anzugehen, sollen auf der Basis etablierter Denkschulen der Internationalen Beziehungen – nämlich des Realismus², Institutionalismus³, Liberalismus, Globalismus und Konstruktivismus – zentrale theoriegeleitete Arbeiten identifiziert werden.⁴ Wo es an explizit theoretischen Analysen mangelt, was nicht selten

- 1 Den ersten Anstoß zu diesem Beitrag erhielt ich während meiner Zeit am Tübinger Institut für Politikwissenschaft, als ich trotz meines Exotentums von den KollegInnen der Abteilung für Internationale Beziehungen in deren informellen Diskussionsrunden willkommen geheißen wurde. Namentlich gilt mein Dank Andreas Hasenclever, Rainer Baumann, Peter Mayer und Wolfgang Wagner. Bei Peter Mayer und den anonymen GutachterInnen der ZIB möchte ich mich herzlich für die große Mühe bedanken, die sie sich bei der kritischen Kommentierung der ersten Fassung des Manuskripts gegeben haben.
- 2 Auf verbreitete Binnendifferenzierungen, etwa jener zwischen einem »orthodoxen Realismus« und dem so genannten Neo-Realismus, kann im Rahmen dieses Aufsatzes nicht eingegangen werden.
- 3 Um Verwechslungen mit dem Liberalismus im Sinne Andrew Moravcsiks (1997) zu vermeiden, wird diese Bezeichnung hier dem ebenfalls gängigen Etikett des Neoliberalismus vorgezogen.
- 4 Für ein allgemein auf die internationale Politik bezogenes Verfahren dieser Art vgl. Paul Viotti und Mark Kauppi (1993). Um einen möglichst weiten Horizont zu eröffnen, behan-

der Fall ist, wird versucht, herausragende implizite Arbeiten zu finden, die sich einer Denkschule zuordnen lassen. Dabei wird großer Wert darauf gelegt, Stärken und Schwächen der Analysen herauszuarbeiten und vor allem Verbindungslinien zwischen den mehr oder minder isolierten Literatursträngen herzustellen. Damit soll zweierlei erreicht werden: Zum einen will der vorliegende Aufsatz einen Beitrag zum besseren Verständnis der internationalen Politik im Vorderen Orient des 20. Jahrhunderts leisten, zum anderen soll der Nachweis erbracht werden, dass sich der Vordere Orient – entgegen einer landläufigen, auch in den Internationalen Beziehungen durchaus verbreiteten Auffassung – einer fruchtbaren theoriegeleiteten Analyse internationaler Politik keinesfalls verschließt (vgl. Hoffmann 1991: 258f). Positiv gewendet bietet der Vordere Orient ein vielversprechendes Betätigungsfeld für jene, die an einer frischen Diskussion und Überprüfung von Theorien anhand einer der turbulentesten Weltregionen im internationalen System interessiert sind. Da die meisten anderen Regionen bereits sehr viel stärker auf der Basis der Denkschulen bearbeitet worden sind, erscheint ein solches Vorgehen außerdem geeignet, den Vorderen Orient besser für vergleichende Studien über internationale Politik zu erschließen.⁵

Der vorliegende Beitrag beginnt mit einer kurzen Darstellung der Denkschulen der Internationalen Beziehungen (Kapitel 2). Daran schließt sich ein Abriss zentraler Entwicklungstendenzen internationaler Politik im Vorderen Orient des 20. Jahrhunderts an. Dieser Teil dient nicht nur dazu, einen kurzen empirischen Überblick zu geben, ohne den die anschließende Diskussion seltsam inhaltsleer bliebe, sondern hat vor allem das Ziel, zwei zentrale Subregionen des Vorderen Orients zu erschließen, den Nahen Osten und die Golfregion. Diesen beiden Subregionen kam in verschiedenen Perioden und in unterschiedlicher Weise die Rolle dynamischer Zentren für die internationalen Beziehungen im Vorderen Orient zu (Kapitel 3).⁶ Danach

delt der vorliegende Aufsatz eine breite Palette von Denkschulen. Freilich liegt es in der Natur der Sache, dass Vollständigkeit nicht beansprucht werden kann. So hätte es den Rahmen dieses Beitrages gesprengt, wäre der mitunter als eigene Denkschule der Internationalen Beziehungen firmierende Feminismus hier behandelt worden. Außerdem fordert der Ausgangspunkt des Aufsatzes – die Wahl hoch abstrakter Denkschulen – insofern seinen Tribut, als theoretische Ansätze niedrigeren Abstraktionsgrades, die Eingang in die Forschung über den Vorderen Orient gefunden haben (beispielsweise Ansätze, die das Zusammenspiel zwischen dem »globalen System« und dem »regionalen Subsystem« des Vorderen Orients untersuchen, oder der Rentierstaats-Ansatz), hier bestenfalls gestreift werden können.

- 5 Ohne die Leistungen der in deutscher Sprache veröffentlichten Forschungen schmälern zu wollen, beschränkt sich der Artikel aus pragmatischen Gründen auf englischsprachige Literatur, womit auch gewährleistet ist, dass Beiträge von AutorInnen aus dem Vorderen Orient stärkere Berücksichtigung finden.
- 6 Es gibt keine allgemein akzeptierte Definition des *Vorderen Orients*, und es erscheint auch müßig, nach einer solchen zu suchen, denn die Güte einer Definition hängt auch vom Zweck ab, dem sie dient, weshalb es keine von der Fragestellung, dem Untersuchungszeitraum und den fokussierten Politikfeldern unabhängige »beste« Definition geben kann. Konsens besteht darüber, dass seit der Auflösung des Osmanischen Reiches die arabische Welt den »Kern« des Vorderen Orients bildet. Die vorliegende Analyse erstreckt sich außerdem auf Israel und den Iran. Nur am Rande wird die Türkei gestreift, andere »Grenzgänger« wie insbesondere die Länder Zentralasiens werden hier nicht behandelt. Wie noch deutlich werden wird, war die politische Aufteilung des *Nahen Ostens* im Verlauf des 20.

wird die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Denkschulen hinsichtlich der beiden zentralen Subregionen sowie der Beziehungen zwischen ihnen und zu externen Akteuren kritisch analysiert (Kapitel 4). Abschließend sollen die zuvor gezogenen Verbindungslinien aufgegriffen und zusammengefasst werden (Kapitel 5).

Die gewählte Vorgehensweise birgt angesichts des beschränkten Rahmens eines Aufsatzes die Gefahr, mit unterschiedlichen Kompetenzen ausgestattete potenzielle Leserschaften zu enttäuschen. RegionalexpertInnen mag der historische Schnelldurchlauf allzu kursorisch und undifferenziert erscheinen, und sofern sie mit den Denkschulen nicht gut vertraut sein sollten, vermischen sie hier vielleicht eine substanzreichere Darstellung. Die ExpertInnen für Internationale Beziehungen wiederum nehmen möglicherweise an der holzschnittartigen Präsentation der Denkschulen Anstoß und empfinden darüber hinaus ein Unbehagen, dass die Auswahl der untersuchten politischen Ereignisse und Prozesse nicht eingehender begründet wird.⁷ Der Autor setzt deshalb auf jene Leserschaft, die sich damit zufrieden gibt, zum einen herauszuarbeiten, wo die verschiedenen Denkschulen die besten Chancen besitzen, zentrale wissenschaftliche Rätsel der internationalen Beziehungen des Vorderen Orients zu lösen, und wo sie an ihre Grenzen stoßen, wenn sie keine mehr oder minder weit reichenden Konzessionen eingehen. Zum anderen soll die Lektüre Wege aufzeigen, wie diese Grenzen durch eine Kombination der Einsichten verschiedener Denkschulen überwunden werden könnten.

2. Die Denkschulen der Internationalen Beziehungen

Nicht nur weil die Denkschule des Realismus die historisch erste ist, sondern auch weil die meisten explizit, vor allem aber auch implizit theoriegeleiteten Analysen zum Vorderen Orient bis heute dieser Schule verpflichtet sind, gebührt dem Realismus der Anfang. Dies gilt umso mehr, als die wenigen theoriegeleiteten Arbeiten, welche auf

Jahrhunderts starken Wandlungsprozessen unterworfen. Die geografische Ausdehnung dieser Subregion ist aber konstant und schließt jene Gebiete ein, die seit 1949 von Israel und seinen arabischen Anrainern beherrscht werden. Die *Golfregion* umfasst die arabischen Staaten der Golfhalbinsel sowie den Iran. Der Irak weist gemeinsame Grenzen mit Syrien und Jordanien auf und liegt somit geografisch an der Schnittstelle zwischen den beiden Teilregionen. Auch politisch nimmt dieses Land insofern eine Sonderrolle ein, als es von einigen Denkschulen, insbesondere dem Liberalismus, aufgrund deren Fragestellung (auch) als Teil des Nahen Ostens gefasst wird. Wo es im Text bei Ausführungen über den Nahen Osten zu Referenzproblemen kommen könnte, sollen diese durch den Zusatz »inklusive/exklusive Irak« ausgeräumt werden.

- 7 Ganz sicher kann der vorliegende Beitrag nicht den Anspruch erheben, die Denkschulen der Internationalen Beziehungen auf der Basis methodisch einwandfrei ausgewählter Fallbeispiele des Vorderen Orients einem harten Theorietest zu unterziehen. Außerdem bergen die Konzentration auf zentrale Annahmen der Denkschulen und die damit verbundene Tendenz, der Schule Probleme zu attestieren, wenn sich die Empirie nicht ohne Modifikationen mit diesen Annahmen in Einklang bringen lässt, Ungerechtigkeiten gegenüber moderaten VertreterInnen der verschiedenen Denkschulen, die in ihren Konzeptionen die Einwände anderer Denkschulen verarbeitet und sich nicht gescheut haben, einen Verlust an *parsimony* hinzunehmen, um an Differenziertheit zu gewinnen.

der Folie anderer Denkschulen kritisch auf vorhandene theoretische Arbeiten über den Vorderen Orient eingehen, fast ausschließlich den Realismus attackieren.

Der Realismus, wie er am konsequentesten von Kenneth Waltz (1979) ausgearbeitet worden ist, geht von der Prämisse aus, dass Staaten die zentralen Akteure im internationalen System sind. Da es keine globale zentralstaatliche Instanz gibt, die in der Lage ist, verbindliche Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen, sind die Beziehungen dieser Akteure untereinander von Anarchie geprägt. Alle Staaten müssen deshalb grundsätzlich um ihr Überleben bemüht sein, so dass internationale Beziehungen primär um Sicherheitspolitik kreisen. Daraus lässt sich auch ableiten, dass alle Staaten einem Sicherheitsdilemma unterworfen sind, d.h., die bei allen Staaten, gleich welcher innenpolitischen Couleur, strukturell verankerte Neigung, sich vor Übergriffen anderer Staaten durch rüstungspolitische Aktivitäten zu schützen, schürt bei eben diesen anderen Akteuren Bedrohungswahrnehmungen. Das Anarchieproblem und das daraus abgeleitete Sicherheitsdilemma werden als systemische Strukturen gefasst, die das Verhalten der Akteure entscheidend beeinflussen.

Der Institutionalismus, dessen einflussreichster Vertreter Robert Keohane (1984) ist, teilt zwar zentrale Prämissen des Realismus und nimmt ebenfalls an, dass Staaten die zentralen Akteure im internationalen System sind, das sich durch das Grundmuster der Anarchie auszeichnet. Im Gegensatz zum Realismus wird aber betont, dass es auch zwischen Staaten, die nur an ihrem Eigennutz interessiert sind, zu Kooperation kommen kann. Freilich setzt dies günstige Bedingungen voraus, deren wichtigste (für die in der internationalen Politik als zentral erachteten Dilemmasituationen) die Iteration ist und darauf basiert, dass die Zukunft »einen Schatten auf die Gegenwart zurückwerfen und sich damit auf die aktuelle strategische Situation auswirken kann« (Axelrod 1984: 12).⁸ Wenn folglich die Akteure sowohl Anreize zu Kooperation als auch Defektion haben, wie dies etwa bei vielen Konflikten über Rüstungs-, Handels- und Umweltschutzfragen der Fall ist, und davon ausgehen, dass die Interaktionen zeitlich nicht klar begrenzt sind, dann können sich zweckrationale Akteure kooperativ verhalten, weil sie wissen, dass ihr eigenes aktuelles Verhalten das zukünftige der anderen Akteure beeinflussen kann. So ist es möglich, dass ein Ergebnis erzielt wird, das für alle Beteiligten einen höheren Nutzen abwirft als allseitiges Defektieren, das vom Realismus hingegen als kaum vermeidbares Resultat der Interaktionen im internationalen System angesehen wird.

Der Liberalismus greift die vom Realismus und Institutionalismus geteilte Prämisse an, dass Staaten die zentralen Akteure internationaler Politik sind. Einem radikalen methodologischen Individualismus verpflichtet, wird stattdessen davon ausgegangen, dass Politik, und so auch internationale Politik, die Resultante von menschlichen Einzelhandlungen ist (Moravcsik 1997). Dabei verschließt sich der Liberalismus freilich nicht der Einsicht, dass die von ihm ins Zentrum gerückten Individuen sowie die von diesen geschaffenen Institutionen zu einem unterschiedlich hohen Grad Einfluss auf internationale Politik haben. Betont wird aber, dass Staaten keine autonomen, sondern von internen Einflüssen abhängige Akteure sind,

8 Diese und alle folgenden Übersetzungen ins Deutsche stammen vom Autor.

so dass weder ihre Interessen noch ihre Handlungen durch sie selbst oder durch Strukturen des internationalen Systems, sondern wesentlich durch innenpolitische Kräftekonstellationen determiniert werden.

Der Globalismus, als dessen prominentester Vertreter Immanuel Wallerstein (1979) gelten kann, teilt mit dem Realismus gegen den Liberalismus zwar die Annahme, dass internationale Politik primär durch Faktoren bestimmt wird, die im internationalen System zu lokalisieren sind. Im Widerspruch zum Realismus behauptet der Globalismus aber, dass die eigentliche Dynamik des internationalen Systems nicht von Staaten und deren Sicherheitsbedürfnis, sondern von einer dem kapitalistischen System innewohnenden Dynamik ausgeht. Diese äußert sich in Expansionismus, denn eine probate Strategie, um im marktwirtschaftlichen Konkurrenzkampf zu bestehen, ist die Eroberung neuer Märkte und Ressourcenquellen. Der moderne Nationalstaat ist zwar ein durchaus wichtiger Akteur, doch dessen Ziele und Handlungen werden nicht primär durch den Zwang bestimmt, Sicherheit in der Auseinandersetzung mit anderen Staaten zu erreichen, sondern durch die Notwendigkeit, im kapitalistischen Konkurrenzkampf zu bestehen.

Alle bisher referierten Denkschulen basieren ausdrücklich auf dem Zweckrationalismus, wie er für die modernen Sozialwissenschaften präzise von Jon Elster (1986) vorgestellt worden ist, oder sind zumindest prinzipiell einer (gegebenenfalls in diesem Beitrag zu leistenden) Interpretation zugänglich, die auf dem Rationalismus beruht.⁹ Dies eröffnet zugleich die Möglichkeit, Synthesen zwischen den Denkschulen herzustellen und synergetische Effekte zu erzielen (vgl. Hasenclever et al. 2000). Schwieriger gestaltet sich dies bei einigen Varianten des Konstruktivismus, die sich explizit dagegen wenden, dass die Handlungsweisen von Staaten durch Ziele bestimmt werden, die auf Interessen basieren; vielmehr erfüllen die Staaten Rollen (erwartungen). Freilich betont eine moderate Variante, wie sie etwa Martha Finnemore (1996: 27) vertritt, die Vereinbarkeit von rationalistischen und konstruktivistischen Erklärungsansätzen, weil Politik sowohl durch »Interessen« als auch »Normen« determiniert wird. Alle bedeutenden, explizit konstruktivistischen Analysen zur internationalen Politik des Vorderen Orients stammen aus der Feder eines Forschers, Michael Barnett (1995: 482-492, 1996: 400-403, 1999). Er vertritt einen moderaten Konstruktivismus, dessen Erklärungskraft keine im strengen Sinne alternative, sondern komplementäre Rolle zu jener anderer Denkschulen beigemessen wird. Daher können in den Internationalen Beziehungen des Vorderen Orients nicht nur zwischen den Oasen der ersten vier referierten Denkschulen, sondern auch zwischen diesen und dem Konstruktivismus Karawanen ausgesandt werden.

9 Letzteres trifft auf den Realismus und den Globalismus zu, deren VertreterInnen häufig einem Funktionalismus zuneigen, mitunter also herauszuarbeiten versäumen, wie sich die systemischen Imperative in der Wahrnehmung der Akteure verankern (und vermittels dessen das Verhalten so prägen, wie es die beiden Denkschulen erwarten).

3. *Vom Nahen Osten zur Golfregion als dynamischem Zentrum internationaler Politik im Vorderen Orient*

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts rückte der Nahe Osten ins Zentrum der internationalen Politik des Vorderen Orients, d.h., diese Subregion wurde zum begehrtesten Objekt externer Akteure im Vorderen Orient. Zudem bildeten sich (als Folge dessen) im Nahen Osten allmählich auch Akteure heraus, die in der Lage waren, die internationale Politik in der Gesamtregion zu beeinflussen. Der Bedeutungszuwachs des Nahen Ostens erklärt sich erstens mit dem Niedergang und schließlichem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches infolge des Ersten Weltkrieges. Damit war das Ringen um die europäischen Teile des Osmanischen Reiches, die im 19. Jahrhundert noch das Hauptziel der Durchdringung der Region durch die europäischen Großmächte waren, endgültig beendet. In der Türkischen Republik, die das ehemalige Zentrum des Osmanischen Reiches in Anatolien beerbte, wurden die Weichen von Anfang an auf einen rigiden Nationalismus gestellt, wie er bereits durch die letzten Regierungen des Osmanischen Reiches betrieben wurde. Der Laizismus von Präsident Kemal Atatürk tat ein Übriges, um die seit dem ausgehenden Mittelalter bestehenden engen Verbindungen zum arabischen Vorderen Orient zu kappen. Im Zeitalter des europäischen Kolonialismus blieben der Nahe Osten, Nordafrika und die Golfregion freilich nicht sich selbst überlassen, sondern wurden noch tiefer von Europa durchdrungen. Zur wichtigsten Subregion stieg der Nahe Osten auf, weil er die »Lebenslinie« des britischen Empires zu dessen Herzstück, Indien, bildete. Mit dem Ausscheiden des russischen Imperialismus infolge der Oktoberrevolution und dem relativen Machtverfall Frankreichs, dessen imperiale Interessen sich zudem stärker auf Nordafrika als auf den Nahen Osten richteten, sowie der wachsenden britischen Dominanz wurde somit der Nahe Osten das Zentrum des europäischen Imperialismus (Brown 1984: Teil 1.3-5, 2.1).

Zum Zweiten beförderte das zionistische Programm, in dessen Zuge europäische SiedlerInnen nach Palästina strömten, im Nahen Osten eine intensive Auseinandersetzung mit der genuin europäischen Ideologie des Nationalismus, die im arabischen Vorderen Orient bis dato keine Rolle in den politischen Beziehungen gespielt hatte. Mit als Folge der Implantation eines modernen, säkularen Projekts im Nahen Osten übernahmen die Eliten dieser Subregion das Konzept des Nationalismus am konsequentesten, denn nur so erschien es ihnen möglich, den Kampf gegen Europa erfolgreich führen und ihre Autonomie zurückzugewinnen zu können (Dawn 1991).

In der Ära der Dekolonisierung nach dem Zweiten Weltkrieg resultierte die vorangegangene nachhaltige Durchdringung des Nahen Ostens darin, dass es diese Subregion (inklusive Irak), und nicht die Golfregion war, in der die traditionellen Eliten im Rahmen von »Revolutionen von oben« (Trimberger 1978) von modernen, nationalistisch-säkularen Regimen abgelöst wurden. Wiederum als Resultat dieser Entwicklung der Fünfzigerjahre betrieben die modernen Eliten des Nahen Ostens eine aktive, aggressive Außenpolitik gegenüber den traditionellen Eliten der Golfstaaten, denen in den Sechzigerjahren ein defensiver Kampf ums Überleben aufgezwungen wurde. Um das Jahr 1970 jedoch verlor der Nahe Osten aufgrund der Stagnation seiner Industria-

lisierungsprogramme sowie der katastrophalen Niederlage Ägyptens und Syriens (sowie Jordaniens) im Sechstagekrieg gegen Israel seine Rolle als dynamisches Zentrum des Vorderen Orients. Parallel gewannen die Golfstaaten infolge gestiegener Erdölförderung zunächst graduell und nach der »Ölpreisrevolution« (Schneider 1983) Anfang der Siebzigerjahre exponentiell an Handlungsspielraum. Im Ergebnis vollzog sich eine Verschiebung der intraregionalen Dynamiken, die in ihrer Bedeutung dem Aufstieg des Nahen Ostens nicht nachsteht, wie er durch den Niedergang des Osmanischen Reiches und den Zionismus fünfzig Jahre zuvor ausgelöst worden war. Der Nahe Osten verlor nicht nur seine Fähigkeit, die Systeme der Golfstaaten unter existenziellen Druck zu setzen, sondern sah sich im Rahmen des »Petrolismus« (Korany 1986) nun selbst massivem Anpassungsdruck seitens der Golfstaaten ausgesetzt. Nicht nur zog Ägypten kurz nach der Niederlage gegen Israel 1967 seine Truppen aus dem Jemen zurück und beendete damit sein Projekt, die Golfregion politisch zu durchdringen. Vielmehr akzeptierten die Regime des Nahen Ostens in der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga von Khartoum noch im selben Jahr eine weitreichende finanzpolitische Alimenterung durch die Golfstaaten, allen voran Saudi-Arabien und Kuwait. Damit war der Grundstein für einen indirekten, aber effektiven Einfluss der Golfstaaten auf den Nahen Osten gelegt. In den ehemals revolutionären Regimen des Nahen Ostens stiegen nun Segmente in die politische Topelite auf, die die sozialrevolutionären Konzepte des Nasserismus und Bathismus fallen ließen bzw. pragmatisch interpretierten und in den intraregionalen Beziehungen das »Westfälische Prinzip« nicht mehr in Frage stellten, d.h. die Souveränität aller bestehenden arabischen Staaten über ihr jeweiliges Territorium anerkannten.¹⁰ Der Wechsel des intraregionalen Zentrums vom Nahen Osten zur Golfregion führte also innerhalb weniger Jahre dazu, dass der Vordere Orient, was den durch zwischenstaatliche Dynamiken angestoßenen internen Wandel der politischen Systeme angeht, von einer der revolutionärtrüchtigen Weltregionen zu einer der konservativsten mutierte.

4. Die Denkschulen und der Vordere Orient

4.1. Realismus

Die meisten explizit theoriegeleiteten Arbeiten über den Vorderen Orient entstammen der Denkschule des Realismus¹¹ und befassen sich mit dem Nahen Osten

10 Die einzige signifikante Ausnahme bildet die irakische Invasion Kuwaits 1990.

11 Waltz (1979: 121f) vertritt entschieden die Position, dass der von ihm präsentierte Realismus *nicht* geeignet ist, um Außenpolitiken, die Bestandteil der folgenden Ausführungen sind, zu analysieren. Colin Elman (1996b) hat indes zum einen Belege dafür erbracht, dass Waltz selbst sich zumindest nicht strikt an die selbst auferlegte Abstinenz hält und andere VertreterInnen des Realismus Waltz' Diktum nicht teilen und den Realismus explizit für Außenpolitikanalysen nutzen. Zum anderen weist Elman nach, dass es keine zwingenden theoretischen oder methodischen Argumente gibt, die eine ForscherIn davon abhalten sollten, ihre Außenpolitikanalyse auf die Fundamente des Realismus zu stellen. Für eine komprimierte Fassung der Debatte vgl. Waltz' (1996) Reaktion auf Elmans Beitrag sowie Elmans (1996a) Replik.

(exklusive Irak) unter Betonung sicherheitspolitischer Aspekte zwischen Israel und seinen Anrainern (Telhami 1990; Stein 1993; Garfinkle 1997: Kap. 6; Inbar/Sandler 1997). Auch wenn nicht alle realistischen Analysen immer völlig frei von normativen Einsprengseln sind, besteht die Leistung dieses Literaturstrangs prinzipiell darin, die Abfolge von Kriegen zwischen Israel und den arabischen Staaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Ausdruck der anarchischen Struktur des internationalen Systems und des daraus resultierenden Sicherheitsdilemmas zu analysieren, ohne dies normativ zu verbrämen.

4.1.1. *Die Nahostkriege*

Nach dieser Logik erscheinen die arabisch-israelischen Kriege grundsätzlich weder als legitime noch illegitime Reaktionen auf das Verhalten arabischer Akteure, sondern als Ausdruck der objektiven Struktur des internationalen Systems. Während eine befriedigende Erklärung der Ursachen und des Verlaufs der in den Jahren 1948/49 und 1982 geführten Kriegen, auf die in den Kapiteln 4.3 bzw. 4.4 einzugehen sein wird, zumindest komplementär der Einsichten anderer Denkschulen bedarf, lassen sich die anderen Nahostkriege des 20. Jahrhunderts, der Suezkrieg 1956, der Junikrieg 1967 und der Oktoberkrieg 1973, tatsächlich als unmittelbare Folge des Sicherheitsdilemmas im Nahen Osten verstehen. Diese Interpretation beinhaltet gerade nicht, wie in normativ inspirierten Darstellungen häufig durchschimmert, dass Israel diese Kriege von der anderen Seite aufgezwungen wurden und der zionistische Staat in reiner Notwehr handelte. In allen hier zu analysierenden Kriegen war den Akteuren bewusst, dass Israel militärisch der mit Abstand stärkste Akteur im Nahen Osten war und die Gegenseite keine Chance hatte, Israel (in den Grenzen von 1949) zu gefährden. Nur in einem der drei Fälle, nämlich 1973, wurde Israel angegriffen, während Ägypten hierzu im Jahre 1956 keine Absichten hatte; und ob dies 1967 irrationalerweise der Fall war, ist zweifelhaft (Parker 1992). Eine auf der realistischen Logik des Sicherheitsdilemmas beruhende Kriegsführung greift aber nicht erst im Falle von Notwehr, sondern, insbesondere unter der Bedingung von schlechten Gesamtbeziehungen, bereits bei ausgeprägter Unsicherheit über die Intentionen anderer staatlicher Akteure sowie einer (antizipierten) Verschiebung der relativen Machtverhältnisse (vgl. Grieco 1993).

Der im Verein mit den alten Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien von Israel gegen Ägypten geführte Suezkrieg 1956 ist als Folge der rapiden Modernisierung und des damit verbundenen relativen Machtzuwachses Ägyptens, das seit der Revolution 1952 zudem eine zunehmend anti-zionistische Ideologie entwickelte, befriedigend zu erklären. Ohne unmittelbar bedroht zu sein, versuchte Israel die Gelegenheit wahrzunehmen, den Aufstieg eines potenziellen Gegners zu bremsen. Bei den arabischen Akteuren wiederum musste die Sinaikampagne die Wahrnehmung zementieren, einem aggressiven Nachbarn ausgesetzt zu sein. Nach politischer Intervention der US-Administration mussten sich die europäischen Mächte und Israel zwar zurückziehen, doch dadurch konnte eine zunehmende Rüstungspirale und Kriegsrhetorik in den folgenden Jahren nicht verhindert werden.

Als Ägypten u.a. mit der Sperrung der Straße von Tiran 1967 »rote Linien« überschritt, entschloss sich Israel zu einem Waffengang, in dessen Rahmen zunächst innerhalb weniger Stunden praktisch alle arabischen Waffensysteme zerstört wurden, die für Israel hätten bedrohlich werden können, insbesondere die ägyptische und syrische Luftwaffe. Anschließend nutzte Israel die Gelegenheit, die Rahmenbedingungen des Sicherheitsdilemmas grundlegend zu verändern, indem es an seiner Südwest- und Ostflanke Territorien eroberte – die Sinaihalbinsel, den Gazastreifen, die Golanhöhen sowie das Westjordanland – deren Besetzung eines der sicherheitspolitischen Hauptprobleme Israels lösen helfen sollte, nämlich seine geringe strategische Tiefe.

Die Ursachen des Oktoberkrieges 1973 sind eng mit dem Junikrieg 1967 und dessen Folgen verbunden. Aus realistischer Sicht musste es Ägypten und Syrien nicht nur darum gehen, die an Israel verlorene Sinaihalbinsel bzw. die Golanhöhen zurückzuerlangen. Schwerer wog, dass sich Israel aufgrund seines militärischen Triumphs den bis dato im Nahostkonflikt eher auf Ausgleich bedachten USA erfolgreich als mit Abstand attraktivster, weil mächtigster Bündnispartner im Nahen Osten empfohlen und somit seine Position im regionalen System zu Lasten der arabischen Akteure stark verbessert hatte. Hieran konnten weder die von Gamal Abd an-Nasser lancierten militärischen Aktivitäten im Rahmen des sogenannten Abnutzungskrieges (1969-70) – einer Abfolge von auf relativ niedriger Eskalationsstufe ausgeführten Militäroperationen am Suezkanal –, noch diplomatische Anstrengungen etwas ändern, wie sie verstärkt unter Anwar as-Sadat, dem Nachfolger Nassers im Amt des Präsidenten nach dessen Tod 1970, unternommen wurden. Da Ägypten auf absehbare Zeit keine Aussicht hatte, das militärische Kräftegewicht entscheidend zu ändern, entschied sich Sadat, in Allianz mit Syrien gegen Israel einen Krieg zu führen, dessen primäres außenpolitisches Ziel es war, die diplomatische Konstellation durch eine Involvierung der Supermächte so zu verändern, dass Kairo und Damaskus einen Teil ihres gegenüber Israel verlorenen Gewichts im internationalen System zurückgewinnen würden. Da die ägyptischen und syrischen Truppen das Überraschungsmoment auf ihrer Seite hatten, gelang es ihnen, Israel anfangs in die Defensive zu drängen und tief in die von Israel besetzten Gebiete vorzudringen. Zwar erholte sich Israel rasch von diesem Coup, drängte Syrien seinerseits in die Defensive und vermochte schließlich mit Hilfe US-amerikanischer Waffenlieferungen die ägyptische Armee an den Rand einer verheerenden Niederlage zu bringen. Doch das Kalkül der arabischen Akteure ging insofern auf, als die USA Israel in dieser Situation angesichts einer drohenden Konfrontation mit der Sowjetunion zu einem Waffenstillstand zwangen. Wie die nach dem Krieg von US-Außenminister Henry Kissinger lancierte berühmte *shuttle diplomacy* eindrücklich belegt, nahmen der Nahostkonflikt, und damit auch seine arabischen Protagonisten Ägypten und Syrien, von nun an wieder einen wesentlich höheren Rang in der internationalen Politik ein (vgl. Ovendale 1992: Kap. 11).

4.1.2. *Der erste israelisch-arabische Friedensprozess: Camp David 1977-79*

Die Erklärungskraft der realistischen Denkschule beschränkt sich durchaus nicht auf kriegerische Auseinandersetzungen im Nahen Osten. Vielmehr hat Shibley Telhami (1990) in einer originellen Studie einen wesentlichen Beitrag geleistet, um Ursachen und Ergebnisse des Friedensprozesses von Camp David zu klären. Telhamis Untersuchung harmoniert mit obiger Analyse des Oktoberkrieges: Ihm zufolge ging es in den Verhandlungen von Camp David weder Israel noch Ägypten primär um die Regelung der Beziehungen zu ihrem jeweils mächtigsten Nachbarstaat. Vielmehr versuchte Ägypten, seine relative Position gegenüber Israel durch eine Schwächung der israelisch-amerikanischen bzw. den Aufbau einer ägyptisch-amerikanischen Allianz zu stärken, während Israel genau dies zu verhindern trachtete.

In der Phase der Détente konnte Ägypten nicht mehr, wie dies noch in den Fünfzigerjahren der Fall gewesen war (Morgenthau 1967), die Supermächte gegeneinander ausspielen. Sich einseitig auf die Sowjetunion zu stützen hätte bedeutet, den strukturell schwächeren Partner zu wählen, der materiell und technologisch nicht in der Lage gewesen wäre, Ägypten bei der Bearbeitung der Strukturkrise seines Staatsbudgets bzw. Militärapparates zu unterstützen. Wie Telhami (1990) überzeugend darlegt, kann aber dieses Problem allein das ägyptische Verhalten nicht erklären, denn die Golfstaaten hatten sich nach dem Ende des Junikrieges 1967 als fähig und bereit erwiesen, das ägyptische Staatsbudget massiv zu stützen. Vor die Wahl gestellt, von den Golfstaaten abhängig zu bleiben oder es von den USA zu werden, wählte Kairo die zweite Variante, da die Machtasymmetrie zu den USA ohnehin unüberwindlich hoch war. Eine stärkere Anlehnung an die Supermacht eröffnete Ägypten bessere Chancen, im regionalen Rahmen als Großmacht zu fungieren, und zwar selbst dann, als, wie dies von vornherein absehbar war, Ägypten infolge des »Speratfriedens« mit Israel temporär in eine partielle regionale Isolation geriet.¹² Auch dass Ägypten einem Friedensvertrag mit Israel zustimmte, der insbesondere hinsichtlich der Palästinafrage die eigenen regionalen Interessen in weit geringerem Maße berücksichtigte als jene Israels, lässt sich mit realistischer Logik erklären: Da Israel aufgrund seiner gegenüber Ägypten weitaus höheren Machtpotenziale für die USA im Zweifelsfall der attraktivere Allianzpartner war, konnte Kairo nur zwischen einem Scheitern der Verhandlungen, und einer damit verbundenen massiven Verschlechterung der Beziehungen zu den USA, und einem Friedensvertrag wählen, der die regionalpolitischen Interessen Israels in starkem Maße berücksichtigt.

12 Da Syrien im Vergleich zu Ägypten sehr viel geringere Machtkapazitäten besaß und die Aussicht, die eigene Stellung durch eine Schwächung der amerikanisch-israelischen Allianz verbessern zu können, illusorisch war, zog Syrien eine dauerhafte finanzpolitische Abhängigkeit von den Golfstaaten dem ägyptischen Weg vor. Nach der Isolation Kairo profitierte Syrien von dieser Entscheidung zusätzlich, da es nun aus arabischer Sicht die einzige »aufrechte«, und damit strategisch unverzichtbare arabische Großmacht im Nahen Osten war.

4.1.3. Die Golfregion

Aufgrund des als Folge des Nahostkonflikts ausgeprägten Anarchieproblems im Nahen Osten nimmt es nicht wunder, dass dieser Subregion vom Realismus besondere Beachtung geschenkt wird. Freilich findet diese Denkschule auch in anderen Teilregionen des Vorderen Orients *easy cases*: Insbesondere die Beziehungen zwischen Irak und Iran harmonisieren weitgehend mit den Annahmen dieser Denkschule. So kann der irakische Angriff auf den Iran, mit dem der zermürbende Erste Golfkrieg (1980-88) begann, als »war of opportunity« (Stein 1993: 67) interpretiert werden, durch den das irakische Regime hoffte, den durch die revolutionären Unruhen geschwächten Gegner machtpolitisch eindämmen zu können.

Weiterhin kann der Realismus auch einen Beitrag zur Analyse des Zweiten Golfkrieges 1990/91 leisten. Alle arabischen Staaten, die im regionalen Kontext über hohe Machtressourcen verfügten, traten der vom Westen unter Führung der USA formierten Kriegskoalition gegen den Irak bei, die darauf zielte, die Annexion Kuwaits rückgängig zu machen.¹³ Ideologische Differenzen etwa zwischen Syrien und Saudi-Arabien spielten hier ebenso wenig eine Rolle wie religiöse Bedenken, den USA faktisch bedingungslos »muslimischen Boden« als Basis ihrer Militäraktionen gegen einen »Bruderstaat« zur Verfügung zu stellen.

4.2. Angriffspunkte konkurrierender Denkschulen

Der Vordere Orient dürfte eine der letzten Weltregionen sein, deren theoriegeleitete Analysen nach wie vor durch die realistische Denkschule dominiert sind. Darüber hinaus sind die meisten zeithistorischen Analysen implizit einem (wenngleich nicht

13 Zwar betrachtet der Realismus *balancing* und nicht *bandwagoning* als das dominante Akteursverhalten im internationalen System, d.h., aufgrund der Beschaffenheit des internationalen Systems versuchen Akteure, die sich einer überlegenen Macht ausgesetzt sehen, ein Gegengewicht zu ihr aufzubauen, und werden sich dieser überlegenen Macht im Normalfall folglich gerade nicht anschließen (Waltz 1979: 125-127). Freilich hat Stephen Walt (1988: 275, 314) herausgearbeitet, dass es unter bestimmten Bedingungen mit den Annahmen des Realismus vereinbar ist, wenn sich Staaten um einen überlegenen Akteur scharen, und zwar dann, wenn die Staaten zu schwach sind, um aus eigener Kraft ein Gegenwicht zur überlegenen Macht herzustellen, hierfür keine (externen) schlagkräftigen Verbündeten zur Verfügung stehen und die überlegene Macht eine Politik des Appeasements zu betreiben verspricht. Alle drei Bedingungen waren beim Zweiten Golfkrieg erfüllt: Die Akteure der Golfregion waren gegenüber den USA extrem schwach, aufgrund der als Einheit unter Führung der USA auftretenden westlichen Welt einschließlich Rußlands gab es keine Chance, externe Verbündete zu finden, und schließlich bestand die berechtigte Hoffnung, dass die USA nach dem Krieg einen Friedensprozess im Nahen Osten fördern würden. Weiterhin schließen sich *balancing* und *bandwagoning* als Idealtypen zwar aus, die Realität kann aber, wie in diesem Fall, eine Kombination hervorbringen: Da der Irak 1990 eine Bedrohung für seine arabischen Nachbarn darstellte, insbesondere für Saudi-Arabien, entsprach ein *bandwagoning* mit Washington zugleich einem *balancing* gegen Bagdad. Diese Bedingungen kontrastieren deutlich mit der momentanen Situation, in der es starke Hinweise darauf gibt, dass sich die USA anschicken, neuerlich einen Krieg gegen den Irak zu führen.

immer theoretisch gut informierten) Realismus verpflichtet. Allerdings gibt es durchaus überzeugende Angriffe auf den Realismus, von denen sich freilich nur wenige der Mühe unterziehen, sich explizit an die Theoriediskussion in den Internationalen Beziehungen anzuschließen.

Während die allgemeine Theoriediskussion seit den Achtzigerjahren stark von der Auseinandersetzung zwischen Realismus und Institutionalismus geprägt ist, haben VertreterInnen des Institutionalismus kaum Arbeiten über den Vorderen Orient hervorgebracht, und das, obwohl es hierfür zumindest drei starke Ansatzpunkte gibt. Erstens ist es den so genannten neuen Historikern Israels auf der Basis klassischer Mittel der Geschichtsschreibung, insbesondere einem intensiven Studium neu zugänglicher Quellen, gelungen, Erkenntnisse zu Tage zu fördern, die in Frage stellen, ob die Zeitgeschichte des Nahen Ostens durch einen puren Realismus befriedigend erfasst wird. Zweitens findet der Institutionalismus jenseits des Nahen Ostens, vor allem in der Golfregion, ein weites Betätigungsfeld: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde von den USA und den großen transnationalen Erdölkonzernen ein komplexes Weltenergiesystem etabliert, das in den Siebzigerjahren von einer wesentlich von den Erdölstaaten getragenen Regelung abgelöst wurde. Schließlich ist es für den Realismus besonders schwer zu erklären, weshalb sich um das Jahr 1970 die relative Machtverteilung zwischen der Golfregion und dem Nahen Osten fundamental änderte *und* dabei nicht nur massive Spannungen zwischen den beiden Subregionen ausblieben, sondern gerade in dieser Phase eine Verflechtung völlig neuen Ausmaßes ihren Ausgang nahm (Teil 4.3).

Auch der Denkschule des Liberalismus verpflichtete Arbeiten über den Vorderen Orient sind eine Rarität. Gerade im Fall der israelischen Außenpolitik drängt sich eine solche Analyse freilich geradezu auf: Wie Telhami (1996) zu Recht moniert, kann der Realismus nicht erklären, weshalb sich in Israel nach 1967 innerhalb der politischen Elite sehr verschiedene Konzepte entwickelten, wie mit den besetzten Gebieten umzugehen sei. Seine Kritik am Realismus mündet allerdings in der These, dass die Außenpolitik Israels »a breed of its own« sei, die Verbindungslinien zum Liberalismus werden also nicht erkannt. Ähnlich wie Telhami (1996) für den israelischen Fall, ist Maridi Nahas (1985) implizit dem Liberalismus verpflichtet, wenn er die These vertritt, dass die Beziehungen der arabischen Staaten in den Fünfziger- und Sechzigerjahren nicht primär durch deren Machtpotenziale, sondern durch innersystemische Faktoren bestimmt wurden. Weiterhin erweist sich der Liberalismus als nützlich, um einen Erklärungsbeitrag für die aus realistischer Sicht überraschend stabile Allianz zwischen Israel und den USA beizusteuern (Teil 4.4).

Der Globalismus, dessen Präsenz in Arbeiten über den Vorderen Orient ebenfalls stark unterrepräsentiert ist, findet seinen wichtigsten Gegenstand in den Beziehungen zwischen den erdölexportierenden Golfstaaten und den Industriegesellschaften, die über Jahrzehnte zu wesentlichen Teilen von nicht mehr als sieben transnationalen Konzernen geprägt wurden (Teil 4.5).

Der Konstruktivismus schließlich vermag zwei interessante ergänzende Erklärungen beizusteuern. Zum einen hilft er, die Stabilität der Beziehungen zwischen den USA und Israel zu erklären. Zum anderen kann er einen Beitrag zur Beantwortung

der Frage leisten, weshalb sich die Golfstaaten nach der Ölpreisrevolution entschlossen, ihre Austauschbeziehungen zum Nahen Osten zu intensivieren (Teil 4.6).

4.3. Institutionalismus

4.3.1. Der Nahe Osten

Während die orthodoxe israelische Geschichtsschreibung (Rabinovich 1991: Kap. 2, 6; Sela 1992) implizit und die realistischen Analysen explizit an der These festhalten, dass der erste arabisch-israelische Krieg die unvermeidliche Folge des Sicherheitsdilemmas war, ist von den »neuen Historikern« Israels und deren Umkreis ein anderes Bild gezeichnet worden. Insbesondere Avi Shlaim (1990: Kap. 3, 7, 19) hat nachgewiesen, dass es in den Dreißiger- und Vierzigerjahren intensive Kontakte zwischen König Abdallah I. von Jordanien und der zionistischen Bewegung gab. Diese basierten auf einem klar identifizierten gemeinsamen Interesse beider Akteure, das darin bestand, die Etablierung eines palästinensischen Staates zu verhindern. Im Unterschied zu den vormodernen Monarchien im Nahen Osten hätte ein moderner palästinensischer Nationalstaat, dessen Elite die Teilung des Mandatsgebietes Palästinas weder offen noch stillschweigend hingenommen hätte, eine ernsthafte Herausforderung für den zu errichtenden israelischen Staat gebildet. Für König Abdallah wiederum hätte die Existenz eines solchen Staates das Ende seiner ambitionierten, gegen andere arabische Herrscherhäuser gerichteten Expansionsbestrebungen bedeutet. Zwar kam es zwischen Jordanien und der zionistischen Bewegung zu keiner formellen Übereinkunft, doch der Verlauf des Krieges 1948/49 liefert starke Indizien für die Existenz eines impliziten »internationalen Regimes«.¹⁴ Während Israel Jordanien das fast ausschließlich von PalästinenserInnen bewohnte Westjordanland kampflos überließ, verzichtete der jordanische König auf einen Angriff des israelischen Kernlands, d.h. jenes Gebietes, das Israel 1947 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in Resolution 181 zugedacht worden war. Lediglich in Jerusalem, über das in den Verhandlungen zwischen Jordanien und der zionistischen Bewegung keine Annäherung hatte erzielt werden können, kam es zu erbitterten israelisch-jordanischen Kämpfen. Dass Jordanien von dem Versuch absah, die staatliche Integrität Israels in Frage zu stellen, war mit entscheidend für die Fähigkeit Israels, sich im Krieg durchzusetzen, denn die »Arabische Legion« Jordaniens bildete die seinerzeit mit Abstand stärkste arabische Armee.¹⁵

14 Zum Begriff des internationalen Regimes vgl. Stephen Krasner (1982).

15 Die Implementierung des von arabischen Militärexperten ausgearbeiteten Damaskus-Plans, der ein auf das israelische Kernland gerichtetes koordiniertes Vorgehen aller arabischen Kräfte vorsah, hätte den zionistischen Staat durchaus vor schwerwiegende, möglicherweise existenziell bedrohliche Probleme gestellt. Der ursprüngliche Plan wurde aber während der Verhandlungen in der Arabischen Liga auf Betreiben König Abdallahs so stark verwässert, dass er Makulatur blieb (Shlaim 1990: Kap. 7).

Nach dem Krieg stabilisierte sich ein »stillschweigendes Sicherheitsregime« (Klieman 1995) zwischen Jordanien und Israel. In den Fünfzigerjahren verlor Jordanien gegenüber den sich rasch modernisierenden Regimen in Ägypten und Syrien rapide an relativen Machtpotenzialen, und beide Staaten waren an einem Sturz des Königshauses interessiert. Dass das extrem ressourcenarme Jordanien als einzige Monarchie des Nahen Ostens zu überleben vermochte, kann vom Realismus schwerlich erklärt werden, wohl aber vom Institutionalismus. Bis 1967, als sich Israel eine (vermeintlich) »kostengünstige« Alternative in Form der Eroberung des Westjordanlandes bot, war Israel daran interessiert, im Westjordanland mit dem haschemitischen Königshaus ein politisches System zu halten, dessen gemäßigte Ideologie und geringen Machtpotenziale Israel eine relativ sichere Grenze garantierten. Voraussetzung hierfür war die glaubhafte Drohung, dass Israel jeden Truppenaufmarsch externer arabischer Akteure in Jordanien als *Casus Belli* betrachten würde, wodurch das Königshaus wiederum eine effektive »Lebensversicherung« erhielt. Dieses internationale Regime überlebte selbst den massiven Schock, den es durch die israelische Eroberung des Westjordanlandes 1967 erhielt. Unter Inkaufnahme einer starken Verschlechterung seiner Beziehungen zu den arabischen Nachbarstaaten im Nahen Osten vertrieb König Hussein 1970 unter Einsatz aller zur Verfügung stehenden militärischen Mittel die PLO (Palestinian Liberation Organization) aus Jordanien, ohne dass die arabischen Anrainerstaaten ernsthaft einzugreifen wagten.

4.3.2. Die Golfregion

Im Unterschied zum Nahen Osten wurde durch die westliche Durchdringung der Golfhalbinsel von Anfang an ein System etabliert, dessen Grundzüge besser durch Einsichten des Institutionalismus als des Realismus erklärt werden können. Als sich die deutsche Niederlage im Zweiten Weltkrieg abzeichnete, betrieb die US-Administration eine aktive Politik, um ein stabiles Weltenergiesystem unter Ausschluss der Sowjetunion aufzubauen. Dabei sollten unter komplexen Bedingungen drei Ziele erreicht werden. Zum einen ging es den USA darum, sich selbst eine energiepolitische Autarkie zu sichern, während, zum zweiten, der Wiederaufbau der japanischen und westeuropäischen Ökonomien durch billige Energieimporte erleichtert werden sollte. Es galt also, die Kohle durch kostengünstiges Erdöl aus dem Vorderen Orient als primären Energieträger zu ersetzen. Hierfür musste drittens die prekäre politische Lage der seinerzeit an akutem Finanzmangel leidenden Golfmonarchien stabilisiert werden, um so sowjetischem Einfluss auf diese Subregion vorzubeugen. Unter den Bedingungen eines »schwachen Staates« konnten die US-Regierungen unter den Präsidenten Franklin D. Roosevelt und Harry S. Truman diese Ziele nur erreichen, indem sie die Interessen sowohl der nationalen als auch der transnationalen Erdölindustrie berücksichtigten. Ausgehandelt wurde schließlich ein Gentlemen's Agreement, das auf einem Verzicht der transnationalen Erdölkonzerne basierte, das im Vergleich zu den Produktionsbedingungen in den USA wesentlich kostengünstigere Erdöl aus dem Vorderen Orient in die USA zu exportieren

tieren. Da somit die USA entgegen marktwirtschaftlichen Rationalitäten der mit Abstand größte Erdölproduzent weltweit blieben, orientierte sich der globale Erdölpreis an den Produktionskosten in den USA, wodurch die Konzerne im Vorderen Orient extrem hohe Renten einstreichen konnten. Für die Golfregion beinhaltete das Arrangement zwischen den transnationalen Konzernen, den so genannten Majors, und dem US-Staat, dass die amerikanischen Konzerne die in Venezuela ausgehandelte Formel des fifty-fifty übernahmen, obwohl die Verhandlungsposition der arabischen Eliten viel zu schwach war, um den Majors diese relativ vorteilhafte Regelung abtrotzen zu können. Mit anderen Worten: Die US-Regierung sorgte im Austausch für etliche Privilegien zugunsten der Erdölkonzerne, die letztlich vom US-amerikanischen Fiskus zu finanzieren waren, dafür, dass den erdölproduzierenden Staaten am Golf relativ hohe Einnahmen gewährt wurden, um so für politische Stabilität zu sorgen. Ohne dieses Arrangement hätten die traditionellen Eliten der Golfregion nicht die notwendigen Ressourcen besessen, funktionierende Staatsapparate aufzubauen, geschweige denn die Auseinandersetzung mit dem Pan-Arabisismus Nasserischer Prägung zu überstehen (vgl. Schneider 1983: Kap. 1-3).¹⁶

Nicht intraregionale Widerstände, sondern extraregionale Dynamiken waren es, die das nach dem Zweiten Weltkrieg installierte internationale Ölregime erodieren ließen. Durch die exorbitant hohen Gewinnchancen angezogen, drangen Erdölkonzerne in den Vorderen Orient ein, die am skizzierten Erdölregime nicht beteiligt waren und dessen Regeln nicht beachtetten, die so genannten Independents. Vor allem in Nordafrika, dessen Erdölfelder nach jenen im Golf erschlossen wurden und wo die Förderpotenziale von den Majors aufgrund der Marktlage in den Sechzigerjahren vernachlässigt worden waren, vergaben die Regierungen in beträchtlichem Ausmaß Konzessionen an Independents. Als die globale Nachfrage nach Erdöl aus dem Vorderen Orient Ende der Sechzigerjahre stark anstieg, nutzte der libysche Revolutionsführer Muammar al-Qaddafi 1970 die Schwäche der Independents, die im Gegensatz zu den Majors nur über Konzessionen in einem Land verfügten und somit bei Produktionskürzungen oder gar dem Entzug von Konzessionen durch die Erdölstaaten verwundbar waren. So konnte Libyen erstmals in der Geschichte einseitige Preiserhöhungen im Vorderen Orient durchsetzen. Als die Regierungen am Golf entsprechende Forderungen aufstellten, um gegenüber dem revolutionären Libyen nicht ins Hintertreffen zu geraten, blieb den USA im Sinne einer Stabilisierung der Region nichts anderes übrig, als grünes Licht für die Ölpreisrevolution zu geben. Ohnehin hatte das alte Regime für sie an Wert verloren, weil die Kosten der Energieautarkie angesichts der schwindenden Hegemonialstellung gegenüber Europa und Japan als zunehmend schmerzhaft empfunden wurden (Tétreault 1985: Kap. 2).

Die Trümmer des alten Regimes bildeten eine Erbmasse, die von den in der OPEC (Organization of the Petroleum Exporting Countries) organisierten Erdölproduzenten genutzt wurden, um ein neues Regime zu errichten, das der Realisierung ihrer erdölpolitischen Interessen diene. Zwar hat das neue Erdölregime angesichts enor-

16 Der Irak ist das einzige Erdölland der Golfregion, in dem die Monarchie während der Ära des panarabischen Nasserismus gestürzt wurde (1958).

men Drucks marktwirtschaftlicher Kräfte einen deutlichen Rückgang der Erdölpreise in den Achtziger- und Neunzigerjahren nicht zu verhindern vermocht. Doch es ist als eine viele ExpertInnen überraschende (vgl. Adelman 1972: 224), hohe organisatorische Leistung der die OPEC dominierenden arabischen Erdölstaaten zu erachten, dass die Welterdölpreise nach wie vor mehrere hundert Prozent über den Produktionskosten im Vorderen Orient liegen (Richards/Waterbury 1996: 55-57).

Effektive Kooperation prägte aber nicht nur die internationale Politik in der Golfregion bei deren Integration in das Weltwirtschaftssystem, sondern nach der Ölpreisrevolution auch die Beziehungen zwischen dem Golf und den anderen Subregionen des Vorderen Orients, insbesondere dem Nahen Osten. Das in Kapitel 3 skizzierte System des Petrolismus löste das bis dahin dominante Paradigma der systemischen Konkurrenz zwischen den Regimen im Nahen Osten und den Golfmonarchien zugunsten einer auf kooperativen Beziehungen beruhenden regionalen Verflechtung ab. In deutlichem Gegensatz zu Westeuropa zielte diese freilich nicht auf eine ökonomische und politische Integration ab, sondern im Gegenteil auf die Zementierung der existierenden sozioökonomischen und politischen Strukturen im Vorderen Orient. Das erklärt, weshalb die Golfmonarchien die aus entwicklungs-politischer Perspektive vielversprechende Option verwarfen, das ihnen zur Verfügung stehende Kapital in die (gemäß aller gängigen Entwicklungsindikatoren im Vergleich zur Golfregion fortgeschritteneren und entwicklungsfähigeren) Systeme im Nahen Osten zu investieren, und sich stattdessen darauf beschränkten, ihren Arbeitskräftemangel durch ein regionales Migrationssystem zu beheben und durch massive Budgethilfen pragmatisch-konservative Segmente innerhalb der Staatsbürokratie des Nahen Ostens zu fördern, um das westfälische Prinzip im Vorderen Orient durchzusetzen (vgl. Ibrahim 1982: Kap. 7)

4.4. *Liberalismus*

4.4.1. *Israel, der arabische Nahe Osten und die USA*

Es ist Telhamis (1996) Verdienst, eine zentrale Schwäche des realistischen Paradigmas bei der Analyse des nahöstlichen Sicherheitssystems aufgedeckt zu haben. Waren die wichtigsten sicherheitspolitischen Entscheidungen einschließlich der gegen die arabischen Nachbarstaaten geführten Kriege bis 1967 innerhalb der israelischen politischen Elite unumstritten, änderte sich dies im Verlaufe der Siebzigerjahre. Gerade auch zwischen den beiden großen politischen Parteien, der Arbeitspartei und dem Likud, wurden intensive Strategiedebatten darüber geführt, wie mit den besetzten Gebieten zu verfahren sei. Während der Libanoninvasion 1982 kam es dann zum ersten Mal in der Geschichte Israels zu heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen über den sicherheitspolitischen Sinn und die politische Legitimität einer zentralen Militärkampagne Israels. In der Tat lässt sich die Libanoninvasion 1982 kaum überzeugend als Ausdruck des Sicherheitsdilemmas deuten; vielmehr diente die von Verteidigungsminister Ariel Scharon geführte Kampagne

dem Zweck, die PLO zu liquidieren (Haddad 1985: 97f), um an Handlungsspielraum für eine Vertiefung der Besatzungspolitik zu gewinnen.¹⁷ Dieser Befund stellt den Realismus vor gravierende Probleme, denn die Betonung objektiver Strukturen, d.h. des Anarchieproblems und des Sicherheitsdilemmas, lassen diese Denkschule erwarten, dass eine rationale politische Elite zumindest einen Grundkonsens über die zu ergreifende Sicherheitspolitik erzielt, und genau das ist in Israel in den ersten dreißig Jahren der staatlichen Existenz auch zweifellos der Fall gewesen. Dass dieser Grundkonsens danach brüchig wurde und periodisch ganz zerfiel, führt Telhami (1996) plausiblerweise darauf zurück, dass sich nach 1967 innerhalb der israelischen Gesellschaft einflussreiche Kräfte herausbildeten, die mit der Besatzung arabischen Territoriums Interessen jenseits von Sicherheitspolitik verfolgten, d.h. territorialen Expansionismus betrieben.

Telhami (1996) gelingt die Verknüpfung dieser Entwicklung mit einer der etablierten Denkschulen zwar nicht, doch es ist offensichtlich, dass seine Analyse implizit auf Gedankengut des Liberalismus beruht. Eine konsequente Verfolgung der Einsichten dieser Denkschule kann in der Tat Erkenntnisse zu Tage fördern, die dem Realismus verborgen bleiben (müssen). So ist für diesen das Rätsel schwer lösbar, dass der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin bei den Verhandlungen über das 1993 unterzeichnete Osloer Vertragswerk die Interessen der Siedlungsbewegung stark berücksichtigte, obwohl das den Abkommen mit der PLO zugrunde liegende Prinzip »Land gegen Frieden« auf einer Logik basierte, deren erfolgreiche Umsetzung eine massive Beschneidung des territorialen Expansionismus der Siedlungsbewegung erforderte. Obgleich Yitzhak Rabin und die von ihm geführte Arbeitspartei keine Aussichten hatten, die WählerInnen der Siedlungen im Westjordanland und dem Gazastreifen sowie deren AnhängerInnen im israelischen Kernland an sich zu binden, sah sich die israelische Regierung veranlasst, den Interessen dieses Lagers weit entgegenzukommen, d.h. die Siedlungsfrage aus den Abkommen mit der PLO auszuklammern und damit der Entfaltung einer Siedlungsdynamik nie gekannten Ausmaßes freie Hand zu geben. Wollte Rabin seine Wiederwahlchancen nicht gefährden, war dies rational, denn wäre die gut organisierte Siedlungsbewegung durch die Regierung herausgefordert worden, hätte sie mit hoher Wahrscheinlichkeit ihr Obstruktionspotenzial eingesetzt und damit Israel vor eine innere Zerreißprobe gestellt (vgl. Weissbrod 1996).

Der Liberalismus hält darüber hinaus ein starkes Argument in der Hand, um die Unterstützung Israels durch die USA zu erklären. Diese Politik harmonierte in vielen Phasen nicht mit dem auf eine sichere Erdölversorgung gerichteten strategischen Interesse der USA, die in den Sechzigerjahren ihren – durch ihr politisches Engagement gegen die »Kanonenbootpolitik« Großbritanniens und Frankreichs im Krieg 1956 erworbenen – Ruf als anti-imperialistische Supermacht rasch verloren. Der Liberalismus hilft diese Erklärungslücke durch den Hinweis auf die effektive Arbeit der pro-israelischen Lobby in den USA zu schließen (vgl. Reich 1984: 183-185).

17 Die PLO hatte ihr Hauptquartier nach der Vertreibung aus Jordanien 1970 in den Libanon verlegt.

4.4.2. Die Beziehungen zwischen den arabischen Staaten

Nahas' (1985) Analyse über die Entwicklung des arabischen Staatensystems deckt eine weitere Schwäche des Realismus auf. Weshalb waren die Fünfziger- und Sechzigerjahre sehr viel stärker durch eine aggressive Machtpolitik *zwischen* den Subregionen des Nahen Ostens (inklusive Irak) und der Golfregion geprägt als durch die vergleichsweise moderat, zum Teil ausgesprochen kooperativ ausgetragenen Konflikte *innerhalb* des arabischen Staatensystems im Nahen Osten?¹⁸ Der Realismus würde demgegenüber erwarten, dass die große politische Dynamik innerhalb des Nahen Ostens primär zu Spannungen zwischen den Akteuren dieser Subregion hätte führen müssen.¹⁹ Nahas (1985) legt für diesen Befund eine überzeugende, implizit liberale Erklärung vor: Ausgehend von der Prämisse, dass Staaten eine Akteursumwelt vorziehen, die ähnliche Systemmerkmale aufweist, plausibilisiert er den Charakter der innerarabischen Beziehungen auf der Folie einer systemischen Konkurrenz zwischen den republikanischen Regimen des Nahen Ostens unter Führung Ägyptens und den monarchischen Regimen der Golfregion. Das Überleben der Golfmonarchien erklärt sich aus dieser Perspektive damit, dass sich die Regime am Golf den Herausforderungen der Moderne stellten und einen schmerzhaften Modernisierungsprozess einleiteten, der die Entwicklung in den republikanischen Regimen in wesentlichen Teilaspekten kopierte und die Modernisierung staatlicher Strukturen beinhaltete. Nur durch einen weitgehenden Anpassungsprozess war es den Golfstaaten also möglich, politisch zu überleben und die Grundstruktur ihrer Systeme, das dynastische Prinzip, zu bewahren.

4.5. Globalismus

Das skizzierte System des Petrolismus setzt zwischenstaatliche Kooperation voraus, wie sie adäquat durch den Institutionalismus erfasst werden kann. Zugleich basiert es aber auf historischen und strukturellen Komponenten des internationalen Systems, die weder vom Realismus noch vom Institutionalismus allein gebührend erfasst werden und aus zwei Gründen einer komplementären Erklärung auf der Basis des Globalismus bedürfen. Zum einen bleibt die Entwicklung der Golfregion ohne eine historische Untersuchung privatwirtschaftlicher Dynamiken in dieser Subregion unverstündlich. Zum anderen gründet der Petrolismus auf der spezifischen Relevanz des Erdöls für die Stabilität des Weltwirtschaftssystems.

Historisch ist die Integration der Golfregion in das internationale System zu einem sehr viel höheren Grad als im Nahen Osten das Werk kapitalistischer Privatunter-

18 Weshalb Jordanien hier einen Sonderfall bildet, ist bereits in Teil 4.3.1 erklärt worden.

19 Das (mögliche) realistische Gegenargument, dass der Konflikt mit Israel dessen arabische Anrainerstaaten im Sinne eines *balancing* zusammenrücken ließ, kann den Befund m.E. nicht »wegerklären«, zumal dann nicht verständlich wäre, wieso die arabischen Staaten des Nahen Ostens nicht versuchten, im Konflikt mit dem mächtigen Israel die Golfstaaten als Verbündete zu gewinnen, statt mit diesen eine »zweite Front« zu eröffnen.

nehmen. Nachdem die Entfaltungsmöglichkeiten der großen Erdölkonzerne durch eine Politik des Anti-Monopolismus in den USA beschnitten worden waren, orientierten sie sich nach außen. Im Vorderen Orient agierten sie in der Ära zwischen den beiden Weltkriegen weitgehend unabhängig vom US-Staat und bildeten nach anfangs extremem Konkurrenzverhalten 1928 mit den europäischen transnationalen Konzernen ein Kartell. Als dann der US-Staat, wie in Kapitel 4.3.2 dargelegt, unmittelbar vor und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein internationales Energieregime anstrebte, konnte dies – im Unterschied zu den von staatlichen Akteuren dominierten Regimen in den Politikfeldern Welthandel und Weltwährung – nur auf der Basis der von den Majors geschaffenen Strukturen geschehen. Dies bestätigt den Globalismus, freilich nur in einer moderaten Variante: Der US-Staat war keineswegs ein Instrument des Kapitals, vielmehr wurden die zwischen dem Staat und den Unternehmen bestehenden Interessenkonflikte kooperativ bearbeitet (vgl. Krasner 1979: 79, 94f).

Der quantitativ weltweit einmalige Fluss ökonomischer Renten zugunsten einiger weniger Erdölstaaten basiert auf der spezifischen Relevanz des Erdöls für die Stabilität des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems sowie der Militärapparate der dieses System stützenden Staaten. Da ohne eine stetige Zufuhr von Erdöl weder die Ökonomien noch die Militärapparate der Industrieländer lebensfähig wären, waren sich die USA und die Unternehmerschaft am Ende des Zweiten Weltkrieges einig, dass die Kontrolle über diese Ressource nicht Dritten überlassen werden konnte.

Als das aus dieser Interessenlage heraus entstandene Regime erodierte, tolerierte die US-Administration, wie in Teil 4.3.2 ausgeführt, allerdings Anfang der Siebzigerjahre die Entstehung eines neuen Regimes, das von den Erdölstaaten getragen wurde. Dies war möglich, weil in den Jahrzehnten zuvor die Produktionsapparate und politischen Systeme der Golfhalbinsel so nachhaltig den westlichen Interessen angepasst worden waren, dass diese weder ein politisches Interesse noch den ökonomischen Spielraum hatten, eine grundsätzlich gegen die Bedürfnisse der Industrieländer gerichtete Politik zu verfolgen. Der Preis, den der Westen hierfür bezahlen musste, bestand in einer weltweit einmaligen Ressourcenverteilung zugunsten einer kleinen Gruppe von Entwicklungsländern (vgl. Elsenhans 1984). Auch dieser Befund bestätigt einen moderaten Globalismus: Ursachen und Verlauf der Durchdringung der Golfregion liegen zwar wesentlich in der Logik kapitalistischer Interessen, doch basierte diese gerade nicht, wie der Mainstream-Globalismus generell annimmt, auf Ausbeutung, sondern auf einer hochgradigen Subventionierung einer Gruppe von Entwicklungsländern. Außerdem kann der Globalismus die aufgeworfenen Rätsel nur lösen, wenn er mit dem Institutionalismus kooperiert.

4.6. Konstruktivismus

4.6.1. Die »spezielle Beziehung« zwischen Israel und den USA

Michael Barnett (1996: 434-437) weist sowohl die liberale als auch die realistische Erklärung für die dauerhafte Unterstützung der USA zugunsten Israels im Nahostkonflikt zurück. Für diese Position lassen sich durchaus starke Argumente anführen. So krankt die liberale Position daran, dass sie nicht zu erklären vermag, weshalb der Grad der Unterstützung durch die USA nicht positiv mit der Parteizugehörigkeit des amerikanischen Präsidenten korreliert, obwohl die Demokratische Partei sehr viel stärkere Verbindungen zur pro-israelischen Lobby in den USA aufweist als die Republikaner. Fast uneingeschränkte Unterstützung erhielt Israel indes ausgerechnet unter der Präsidentschaft Ronald Reagans, dessen Regierung Israel als Bollwerk gegen sowjetischen Einfluss im Vorderen Orient betrachtete, was realistische Annahmen bestätigt. Der Realismus seinerseits hat aber große Schwierigkeiten zu erklären, weshalb die Unterstützung durch die USA in den Neunzigerjahren nicht deutlich nachließ, obwohl der strategische Wert Israels nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gesunken war.

Barnetts (1996) Analyse zielt darauf ab, den offenen Erklärungsbedarf ergänzend durch eine konstruktivistische Analyse abzudecken. Die enge Beziehung zwischen den USA und Israel basiert nicht (nur) auf gemeinsamen Interessen, sondern ist (zugleich) Ausdruck eines geteilten Wertesystems. Dieses entdeckt Barnett darin, dass beide Systeme demokratisch sind und die USA sich deshalb verpflichtet fühlen, Israel im Vorderen Orient zu stützen. Barnett (1999: 18-20, 25) selbst scheint dabei die begrenzte, lediglich ergänzende Erklärungskraft seines Ansatzes nicht zu verkennen: Erst nach der Auflösung des Ost-West-Konflikts, in deren Folge Israel an strategischem Wert für die USA einbüßte, geriet dessen Regierung unter Druck, seine, demokratischen Prinzipien zuwiderlaufende Herrschaft in den besetzten palästinensischen Gebieten zu modifizieren, und ließ sich deshalb auf den Osloer Friedensprozess ein. Da die Besatzung zu diesem Zeitpunkt aber bereits ein Vierteljahrhundert währte und die »spezielle Beziehung« zu den USA unmittelbar nach dem Junikrieg 1967 ihren Ausgang genommen hat, kann dem entnommen werden, dass für die amerikanische Unterstützung Israels demokratische Normen der strategischen Bedeutung Israels nachgeordnet sind.

4.6.2. Die Beziehungen zwischen dem Nahen Osten und der Golfregion

Oben ist dargelegt worden, dass der Liberalismus am besten die Dynamik der systemischen Konkurrenz zwischen den nahöstlichen Republiken und den Monarchien der Golfregion in den Fünfziger- und Sechzigerjahren erklären kann. Zum Wandel dieser Beziehungen um das Jahr 1970 in Richtung auf eine Anerkennung des westfälischen Prinzips wiederum kann der Institutionalismus einen substanziellen Erklärungsbeitrag leisten. Freilich bleibt eine Erklärungslücke bestehen, denn erstens

kann der Liberalismus (und erst recht der Realismus) nicht befriedigend erklären, weshalb die Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen dem Nahen Osten und der Golfregion in eine Anerkennung des westfälischen Prinzips mündete (und nicht in eine Fortführung der aggressiven Politik unter geänderten Vorzeichen). Zweitens fragt sich, weshalb die politischen Eliten der Golfmonarchien ihre hohen materiellen Ressourcen nicht nutzten, um sich effektiv gegen den Nahen Osten abzuschotten. Das für die Aufrechterhaltung der Golfökonomien notwendige Humankapital hätte auch aus anderen Weltregionen »importiert« werden können, und den USA hätte das die Chance gegeben, sehr viel stärkeren unmittelbaren Einfluss auf die Nahostregion zu gewinnen. Die erste Erklärungslücke ist explizit, die zweite implizit konstruktivistisch geschlossen worden.

Barnett (1995) führt überzeugend aus, dass die internationale Politik im Vorderen Orient der Fünfziger- und Sechzigerjahre durch ein starkes Spannungsverhältnis zweier Normen – der transnationalen Ideologie des Pan-Arabismus und dem Nationalstaatsprinzip – geprägt war. Mit zunehmender Dauer wurde dabei die Tendenz befördert, die beiden Prinzipien zu harmonisieren. Gleichsam der normativen Macht des Faktischen war es geschuldet, dass diese Harmonisierung nicht auf der Basis der Ideologie des Pan-Arabismus, sondern auf jener der etablierten staatlichen Strukturen erfolgte und somit der transnationale Pan-Arabismus pragmatisch unter Anerkennung des westfälischen Prinzips uminterpretiert wurde, so dass er schließlich nicht mehr in Widerspruch zu den nationalstaatlichen Identitäten stand.

Aus der Argumentation Abdullah Sindis (1980) kann geschlossen werden, dass andere Denkschulen zwar einen notwendigen, aber keinen hinreichenden Erklärungsbeitrag für die petrolistische Kooperation zwischen den ehemals revolutionären Regimen des Nahen Ostens und dem Golf zu erbringen vermögen. Dass sich insbesondere die saudische Monarchie bereits 1967 und verstärkt in den Siebzigerjahren gegen eine Abschottung von jenen Regimen entschied, durch die es noch kurz zuvor existenziell bedroht worden war, bedarf einer ergänzenden Erklärung: Entscheidend hierfür war die tief verwurzelte saudische Identität, integraler Teil der arabisch-muslimischen Welt zu sein, weshalb die Beziehungen zu den arabischen »Bruderstaaten« aus saudischer Sicht zwar auf eine völlig neue Grundlage zu stellen, nicht aber abubrechen oder durch eine aggressive Machtpolitik zu ersetzen waren.

5. Zusammenfassung

Der vorliegende Aufsatz hat an etlichen Stellen Verbindungslinien zwischen den Erklärungsbeiträgen der verschiedenen Denkschulen herauszuarbeiten versucht, die es in der nun folgenden Zusammenfassung zu bündeln gilt.

In den Internationalen Beziehungen zum Vorderen Orient sind theoriegeleitete Analysen im Vergleich zu anderen Weltregionen selten anzutreffen. Soweit es solche gibt, sind sie überwiegend der Denkschule des Realismus verpflichtet und konzentrieren sich auf den Nahen Osten, der als *easy case* des Realismus gelten muss.

Es ist kaum zu bezweifeln, dass sich aus realistischen Prämissen abgeleitete Hypothesen bewährt haben, um zentrale Aspekte der internationalen Politik in dieser Subregion zu erklären, die zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Junikrieg 1967 das dynamische Zentrum internationaler Politik im Vorderen Orient bildete.

Selbst für seinen Paradedfall muss der Realismus aber Anleihen beim Institutionalismus machen, um auch von ihm selbst als zentral anerkannte Aspekte internationaler Politik befriedigend zu erklären. So wird der Verlauf des ersten arabisch-israelischen Krieges sehr viel besser verständlich, wenn man ihn vor dem Hintergrund einer zionistisch-jordanischen Kooperation betrachtet, deren Kosten die palästinensische Nationalbewegung trug. Auch nach dem Krieg wurde diese Kooperation in Form eines impliziten Sicherheitsregimes fortgesetzt, durch das Israel Sicherheit an seiner Ostflanke gewährt und der jordanischen Monarchie das Überleben gesichert wurde. Schließlich steuert der Liberalismus einen wichtigen Beitrag zum Verständnis des letzten israelisch-arabischen Krieges im 20. Jahrhundert bei, der 1982 im Libanon ausgetragen wurde. Hier verfolgte Israel nämlich primär das innenpolitisch zu erklärende Ziel, durch die Zerschlagung der PLO den Handlungsspielraum für die Besatzungspolitik im Westjordanland und dem Gazastreifen zu erhöhen.

Besser als der Realismus dies vermag, können die wesentlichen Entwicklungslinien und Grundstrukturen internationaler Politik in der Golfregion vom Institutionalismus in Kombination mit einer moderaten Variante des Globalismus erklärt werden. Die strategische Bedeutung des Erdöls für die modernen Volkswirtschaften der westlichen Hemisphäre war bestimmend für die westliche Durchdringung des Golfs, und geleistet wurde diese zunächst wesentlich durch privatwirtschaftliche Akteure, die transnationalen Erdölkonzerne. Als die US-Administration mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein internationales Erdölregime aufbauen wollte, hatten die Konzerne bereits Strukturen geschaffen, die das Fundament des Regimes bildeten. Entgegen den Erwartungen eines orthodoxen Globalismus ließen sich die USA allerdings nicht von den Konzernen instrumentalisieren, vielmehr fanden zwei mit relativer Autonomie ausgestattete Akteure eine kooperative Regelung.

In den Fünfziger- und Sechzigerjahren waren die Beziehungen zwischen dem Nahen Osten (inklusive Irak) und der Golfregion durch extreme Spannungen geprägt. Der Realismus kann durchaus beanspruchen, zu deren Erklärung einen Beitrag leisten zu können, denn es ist kaum zu bezweifeln, dass zwischen den Akteuren der beiden Subregionen ein ausgeprägtes Anarchieproblem bestand. Freilich vermag der Realismus nicht verständlich zu machen, weshalb sich das Anarchieproblem zwischen diesen beiden gleichsam als Blöcken agierenden Akteuren akzentuierte, während die Spannungen innerhalb der beiden Blöcke trotz der geografischen Nähe und der äußerst dynamischen politischen Prozesse im Nahen Osten eng begrenzt blieben. Den entscheidenden Erklärungsbeitrag hierfür leistet der Liberalismus, der die Erkenntnis zu Tage fördert, dass der Spannung zwischen dem Nahen Osten und der Golfregion eine systemische Konkurrenz zwischen republikanischen und monarchischen Staatsbürokratien zugrunde lag.

Will man freilich den Ausgang dieser systemischen Konkurrenz, d.h. das Beharrungsvermögen der Monarchien und die Etablierung des petrolistischen Systems in den Siebzigerjahren, erklären, nimmt sich der Beitrag des Liberalismus eher bescheiden aus. Zwar war dieses Ergebnis tatsächlich nur möglich, weil sich die Golfmonarchien partiell dem Anpassungsdruck durch die revolutionierten Systeme im Nahen Osten beugten und moderne staatsbürokratische Strukturen implementierten; dennoch würde der Liberalismus erwarten, dass sich die modernen republikanischen Systeme gegenüber den traditionellen Monarchien durchsetzten, was aber genau nicht der Fall war. Wiederum vermögen Beiträge des Globalismus und des Institutionalismus die Erklärungslücke zu schließen. Da der Energieträger Erdöl für das kapitalistische Weltwirtschaftssystem essenziell ist, hatte dessen Hegemon, die USA, mit Ende des Zweiten Weltkrieges dafür Sorge getragen, dass die politischen Systeme der Golfregion nicht einem freien Spiel der Kräfte überlassen wurden. Vielmehr wurde ein komplexes System der Kooperation etabliert, das durch Rekurs auf den Institutionalismus verständlich wird. Als um das Jahr 1970 aber deutlich wurde, dass die Stabilität der Golfmonarchien nur durch eine fundamentale Reorganisation des internationalen Erdölregimes gesichert werden konnte, ließen die USA dies zu. So wird verständlich, weshalb die Eliten der Golfmonarchien nicht Opfer des »Dilemmas des Königs« (Huntington 1968: 177-191) wurden und den Zwang zur Modernisierung nicht mit der schließlichen Zerstörung der Grundlagen ihrer monarchischen Systeme durch eine Revolution bezahlten. Nach der Ölpreisrevolution nutzten die Golfmonarchien ihren durch den exorbitanten Einfluss externer Ressourcen erworbenen Handlungsspielraum, indem sie in Form des Petrolismus Interdependenzen zwischen den Subregionen des Vorderen Orients schufen. Durch die effektive Förderung pragmatisch-konservativer Segmente in den ehemals revolutionären Regimen des Nahen Ostens setzten die Golfmonarchien eine Lesart des Pan-Arabisismus durch, die das westfälische Prinzip anerkannte. Dass die Golfmonarchien ihren neuerworbenen Handlungsspielraum freilich nicht dazu verwendeten, um sich vom Nahen Osten abzuschotten, erklärt sich durch einen konstruktivistischen Beitrag: Insbesondere Saudi-Arabiens Identität ist an die Teilhabe an der muslimisch-arabischen Welt gebunden.

Dem ausgeprägten Interesse der Golfmonarchien an regionaler Stabilität ist es ebenfalls geschuldet, dass die wichtigsten arabischen Akteure im Nahostkonflikt aus der Katastrophe des Junikrieges langfristig nicht, wie es mit der Verabschiedung der radikalen PLO-Charta 1968 kurzfristig den Anschein hatte, die Lehre zogen, den Konflikt mit Israel weiter zu eskalieren. Vielmehr moderierten die arabischen Akteure ihre Positionen, wodurch eine Kooperation mit Israel überhaupt erst denkbar und in den Neunzigerjahren – wie die Eskalation des Konflikts um Palästina zu Beginn des 21. Jahrhunderts belegt – in freilich unvollkommener Weise umgesetzt wurde. Eine wesentliche Erklärung für das (vorläufige) Scheitern des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses vermag der Liberalismus zu leisten. In der israelischen Demokratie ermöglichte die durch den Krieg 1967 neu entstandene geopolitische Landschaft die Entstehung eines expansionistischen Nationalismus der Siedlungsbewegung, die sich als fähig erwies, selbst unter der Bedingung eines

weitreichenden Konsenses zwischen der palästinensischen und israelischen Führung einen Frieden zu torpedieren.

Da die Denkschulen der Internationalen Beziehungen hier keinem harten Theorie-test unterzogen worden sind, wäre es unangemessen, ein weitreichendes Gesamturteil über ihre Leistungsfähigkeit abzugeben, die internationale Politik des Vorderen Orients im 20. Jahrhundert zu erklären. Bei aller gebotenen Vorsicht soll dennoch ein Resümee gewagt werden: Der vorgelegte Beitrag hat aufzuzeigen versucht, dass alle fünf in Betracht gezogene Denkschulen wichtige Beiträge zum Verständnis der internationalen Politik des Vorderen Orients im 20. Jahrhundert beisteuern. Freilich hat sich auch gezeigt, dass die Leistungen der einzelnen Denkschulen von unterschiedlichem Gewicht sind. Drei Aspekte seien hier herausgehoben. Erstens haben sich der Globalismus und der Konstruktivismus nur in moderaten Varianten als nützlich erwiesen.²⁰ Zweitens haben der Realismus und der Institutionalismus deutlich mehr Rätsel zu lösen geholfen als die anderen Denkschulen.²¹ Der Konstruktivismus sowie insbesondere der Liberalismus und der Globalismus können freilich beanspruchen, für die Beantwortung einiger der aufgeworfenen Fragen unentbehrlich zu sein.²² Drittens fällt auf, dass – mit der Ausnahme des Globalismus, der sich nur für die Golfregion bewährt hat – aus den verschiedenen Denkschulen jeweils für beide fokussierte Subregionen Gewinn gezogen werden konnte, dieser aber unterschiedlich hoch ausfiel. Insbesondere ist bemerkenswert, dass sich der Realismus (und der Liberalismus) im Nahen Osten (sowie bei dessen Beziehungen zur Golfregion) als besonders fruchtbar erwiesen hat, während es sich beim Institutionalismus umgekehrt verhielt. Wenn dem so ist, bedeutet dies grundsätzlich, dass die Untersuchung von (Sub-)Regionen einen hohen Erkenntnisgewinn für die Debatte zwischen den Denkschulen abwerfen kann.

20 Da im Rahmen dieses Beitrages einem »harten« Konstruktivismus von vornherein keine Chance gegeben wurde, kann hier natürlich nicht der Anspruch erhoben werden, gezeigt zu haben, dass sich dieser für die Analyse internationaler Politik im Vorderen Orient nicht bewährt habe.

21 Hier ist nicht auszuschließen, dass der Realismus zu gut oder auch zu schlecht abgeschnitten hat, da er insofern im Vorteil war, als er an erster Stelle behandelt wurde und deshalb gute Entfaltungschancen hatte. Dafür musste er freilich den Nachteil in Kauf nehmen, besonders viele Angriffsflächen zu bieten.

22 Auch dieses Urteil ist aufgrund des gewählten Verfahrens nur von begrenzter Reichweite. Wäre den Denkschulen konsequent die Chance eröffnet worden, ihre Kernaussagen vor dem Hintergrund theoretischer Angriffe der anderen Denkschulen oder der empirischen Befunde des Vorderen Orients zu modifizieren, hätten die Denkschulen möglicherweise anders abgeschnitten.

Literatur

- Adelman, Morris A. 1972: *The World Petroleum Market*, Baltimore, MD.
- Axelrod, Robert 1984: *The Evolution of Cooperation*, New York, NY.
- Barnett, Michael 1995: Sovereignty, Nationalism, and Regional Order in the Arab State System, in: *International Organization* 49: 3, 479-510.
- Barnett, Michael 1996: Identity and Alliances in the Middle East, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*, New York, NY, 400-447.
- Barnett, Michael 1999: Culture, Strategy and Foreign Policy Change: Israel's Road to Oslo, in: *European Journal of International Relations* 5: 1, 5-36.
- Brown, L. Carl 1984: *International Politics and the Middle East: Old Rules, Dangerous Game*, London.
- Dawn, C. Ernest 1991: The Origins of Arab Nationalism, in: Khalidi, Rashid/Anderson, Lisa/Muslih, Muhammad/Simon, Reeva S. (Hrsg.): *The Origins of Arab Nationalism*, New York, NY, 3-30.
- Elman, Colin 1996a: Cause, Effect, and Consistency: A Response to Kenneth Waltz, in: *Security Studies* 6: 1, 58-61.
- Elman, Colin 1996b: Horses for Courses: Why NOT Neorealist Theories of Foreign Policies?, in: *Security Studies* 6: 1, 7-53.
- Elsenhans, Hartmut 1984: OPEC and Oil Crisis: Turning-Point in the North-South-Relationship or Exacerbation of Underdevelopment? Observations on the Political and Economic Chances of the Rentier-State, in: Ganzel, Klaus Jürgen/Mejcher, Helmut (Hrsg.): *Oil, the Middle East, North Africa and the Industrial States: Development and International Dimensions*, Paderborn, 279-295.
- Elster, Jon 1986: Introduction, in: Elster, Jon (Hrsg.): *Rational Choice*, New York, NY, 1-33.
- Finnemore, Martha 1996: *National Interests in International Society*, Ithaca, NY.
- Garfinkle, Adam 1997: *Politics and Society in Modern Israel: Myths and Realities*, Armonk, NY.
- Grieco, Joseph M. 1993: Anarchy and the Limits of Cooperation: A Realist Critique of the Newest Liberal Institutionalism, in: Baldwin, David A. (Hrsg.): *Neorealism And Neoliberalism: The Contemporary Debate*, New York, NY, 116-140.
- Haddad, William W. 1985: Israeli Occupation Policy in Lebanon, the West Bank, and Gaza, in: Brown, James/Snyder, William P. (Hrsg.): *The Regionalization of Warfare: The Falkland/Malvinas Islands, Lebanon, and the Iran-Iraq Conflict*, New Brunswick, NJ, 96-116.
- Hasenclever, Andreas/Mayer, Peter/Rittberger, Volker 2000: Integrating Theories of International Regimes, in: *Review of International Studies* 26: 1, 3-33.
- Hoffmann, Stanley 1991: Notes on the U.S. Role in the Middle East, in: Kipper, Judith/Saunders, Harold H. (Hrsg.): *The Middle East in Global Perspective*, Boulder, CO, 257-267.
- Huntington, Samuel 1968: *Political Order in Changing Societies*, New Haven, CO.
- Ibrahim, Saad Eddin 1982: *The New Arab Social Order: A Study of the Social Impact of Oil Wealth*, Boulder, CO.
- Inbar, Efraim/Sandler, Shmuel 1997: The Risks of Palestinian Statehood, in: *Survival* 39: 2, 23-41.
- Keohane, Robert 1984: *After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton, NJ.
- Klieman, Ahron 1995: The Israeli-Jordan Tacit Security Regime, in: Inbar, Efraim (Hrsg.): *Regional Security Regimes: Israel and Its Neighbors*, New York, NY, 127-149.
- Korany, Bahgat 1986: Political Petrolism and Contemporary Arab Politics, 1967-1983, in: *Journal of Asian and African Studies* 21: 1-2, 66-80.

- Krasner, Stephen D.* 1979: A Statist Interpretation of American Oil Policy toward the Middle East, in: *Political Science Quarterly* 94: 1, 77-96.
- Krasner, Stephen D.* 1982: Structural Causes and Regime Consequences: Regimes as Intervening Variables, in: *International Organization* 36: 2, 185-205.
- Moravcsik, Andrew* 1997: Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: *International Organization* 51: 4, 513-553.
- Morgenthau, Hans J.* 1967: To Intervene or Not to Intervene, in: *Foreign Affairs* 45: 3, 425-436.
- Nahas, Maridi* 1985: State-Systems and Revolutionary Challenge: Nasser, Khomeini, and the Middle East, in: *International Journal of Middle East Studies* 17, 507-527.
- Ovendale, Ritchie* 1992: *The Origins of the Arab-Israeli Wars*, 2. Auflage, London.
- Parker, Richard B.* 1992: The June 1967 War: Some Mysteries Explored, in: *Middle East Journal* 46: 2, 177-197.
- Rabinovich, Itamar* 1991: *The Road Not Taken: Early Arab-Israeli Negotiations*, New York, NY.
- Reich, Bernard* 1984: *The United States and Israel: Influence in the Special Relationship*, New York, NY.
- Richards, Alan/Waterbury, John* 1996: *A Political Economy of the Middle East*, 2. Auflage, Boulder, CO.
- Schneider, Steven A.* 1983: *The Oil Price Revolution*, Baltimore, MD.
- Sela, Avraham* 1992: Transjordan, Israel and the 1948 War: Myth, Historiography and Reality, in: *Middle Eastern Studies* 28: 4, 623-688.
- Shlaim, Avi* 1990: *The Politics of Partition: King Abdullah, the Zionists and Palestine 1921-1951*, Oxford.
- Sindi, Abdullah M.* 1980: King Faisal and Pan-Islamism, in: Beling, Willard A. (Hrsg.): *King Faisal and the Modernisation of Saudi Arabia*, Boulder, CO, 184-201.
- Stein, Janice Gross* 1993: The Security Dilemma in the Middle East: A Prognosis for the Decade Ahead, in: Korany, Bahgat/Noble, Paul/Brynen, Rex (Hrsg.): *The Many Faces of National Security in the Arab World*, Basingstoke, 56-75.
- Telhami, Shibley* 1990: *Power and Leadership in International Bargaining: The Path to the Camp David Accords*, New York, NY.
- Telhami, Shibley* 1996: Israeli Foreign Policy: A Realist Ideal-Type or a Breed of Its Own?, in: Barnett, Michael N. (Hrsg.): *Israel in Comparative Perspective: Challenging the Conventional Wisdom*, Albany, NY, 29-51.
- Tétreault, Mary Ann* 1985: *Revolution in the World Petroleum Market*, Westport, CT.
- Trimberger, Ellen Kay* 1978: *Revolution from Above: Military Bureaucrats and Development in Japan, Turkey, Egypt and Peru*, New Brunswick, NJ.
- Viotti, Paul R./Kauppi, Mark V.* 1993: *International Relations Theory: Realism, Pluralism, Globalism*, 2. Auflage, New York, NY.
- Wallerstein, Immanuel* 1979: *The Capitalist World-Economy*, Cambridge.
- Walt, Stephen M.* 1988: Testing Theories of Alliance Formation: The Case of Southwest Asia, in: *International Organization* 42: 2, 275-316.
- Waltz, Kenneth N.* 1979: *Theory of International Politics*, New York, NY.
- Waltz, Kenneth N.* 1996: International Politics is Not Foreign Policy, in: *Security Studies* 6: 1, 54-57.
- Weissbrod, Lilly* 1996: Gush Emunim and the Israeli-Palestinian Peace Process: Modern Religious Fundamentalism in Crisis, in: *Israel Affairs* 3: 1, 86-103.